

## WIRTSCHAFT

### "Nur Frage der Zeit"

## Von der Leyen sieht Russlands Bankrott kommen

17.04.2022, 14:28 Uhr

**Die jüngsten Sanktionen gegen Russland richten sich auf den Energie- und Bankensektor. Die EU will noch einmal nachschärfen. Für Kommissionspräsidentin von der Leyen ist ein russischer Staatsbankrott unausweichlich.**

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ist sich sicher, dass die aktuellen und kommenden Sanktionen den russischen Angriffskrieg in der Ukraine ausbremsen werden. Putin zerstöre mit dem Krieg auch sein eigenes Land und die Zukunft seiner Bevölkerung, sagte von der Leyen der "Bild"-Zeitung. Die EU-Sanktionen seien nicht zu lasch. "Russlands Staatsbankrott ist nur eine Frage der Zeit", so die 63-Jährige.

"Die Sanktionen fressen sich Woche für Woche tiefer in die russische Wirtschaft", fuhr von der Leyen fort. Der Export nach Russland sei um 70 Prozent eingebrochen. 700 russische Flugzeuge hätten die Lizenz verloren, weil Ersatzteile und Softwareupdates fehlen. "Hunderte Großunternehmen und Tausende Experten kehren dem Land den Rücken. Das Bruttoinlandsprodukt in Russland wird nach aktuellen Prognosen um 11 Prozent einbrechen."

Die EU plant zudem eine Ausweitung der derzeitigen Sanktionen gegen Russland. "Wir sehen uns weiter den Bankensektor an, insbesondere die Sberbank, die alleine 37 Prozent des russischen Bankensektors ausmacht. Und natürlich geht es um Energiefragen", erklärte von der Leyen. Oberstes Ziel sei, Putins Einnahmen zu schrumpfen. Daher arbeite man gerade an "klugen Mechanismen", damit im nächsten Sanktionsschritt auch Öl einbezogen werden könne. Man wolle Putin im Ölgeschäft weiter einschränken. "Öl wird global gehandelt. Was nicht passieren soll, ist, dass Putin auf anderen Märkten noch höhere Preise für Lieferungen kassiert, die sonst in die EU gehen."

### Wirtschaftlicher Druck bleibt hoch

Die jüngsten Strafmaßnahmen sollen vor allem den wirtschaftlichen Druck auf Russland erhöhen. Allein das Kohleembargo könnte nach jüngsten Angaben der EU-Kommission weniger Einnahmen in Höhe von rund acht Milliarden Euro pro Jahr bedeuten. Teil des jüngsten Sanktionspakets war ein vollständiges Transaktionsverbot zulasten vier wichtiger russischer Banken, zu denen die zweitgrößte russische Bank VTB zählt.

Auch soll Schiffen unter russischer Flagge das Einlaufen in EU-Häfen verboten werden. Das neue Sanktionspaket sieht zudem weitere Beschränkungen für den Handel mit

Russland im Umfang von rund zehn Milliarden Euro vor. Dazu gehören nach Kommissionsangaben etwa Quantencomputer und Transportmittel. Produkte wie Holz, Zement und Spirituosen im Wert von 5,5 Milliarden Euro dürfen außerdem nicht mehr in die EU importiert werden. Russische Firmen werden darüber hinaus von fast allen öffentlichen Ausschreibungen in der EU ausgeschlossen. Weitere 217 Personen und 18 Organisationen kommen zudem auf die EU-Sanktionsliste.

Quelle: ntv.de, mba